

Höcherl, Hermann; Rehwinkel, Edmund; Priebe, Hermann

Article — Digitized Version

Deutsche Landwirtschaft auf dem Weg in den Gemeinsamen Markt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Höcherl, Hermann; Rehwinkel, Edmund; Priebe, Hermann (1968) : Deutsche Landwirtschaft auf dem Weg in den Gemeinsamen Markt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 5, pp. 243-254

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133838>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Landwirtschaft auf dem Weg in den Gemeinsamen Markt

Die Preisentwicklung beunruhigt die Bauern

Interview*) mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
Hermann Höcherl, Bonn

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Minister, gegenwärtig herrscht in Deutschland unter den Bauern eine Unruhe, die vielfach auf Existenzangst zurückgeführt wird. Scharfe Töne werden auf Bauerntagen und spontanen Protestveranstaltungen einiger bäuerlicher Organisationen laut, die gegen die „Totengräber der Landwirtschaft in Bonn“ demonstrieren. Worin sind die Ursachen für diese Erscheinungen zu sehen?

HOCHERL: Ich glaube, daß bei den Unruhen nicht alles nur Spontaneität war. Berufsständische Kreise haben offen zugegeben, daß sie sich gegen zentrale Veranstaltungen, wie man sie von ihnen verlangte, stellen, und haben geraten, auf Kreisveranstaltungen auszuweichen. Man muß in diesem Zusammenhang feststellen, daß die überwiegende Zahl sehr diszipliniert verlaufen ist, was nicht für andere gesagt werden kann.

Zu den Ursachen für die gegenwärtige Unruhe in der deutschen Landwirtschaft zählen zunächst die recht unangenehmen Preisentwicklungen im letzten Jahr. Denn die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind immerhin im Durchschnitt um 8 bis 9% gesunken. Bei einzelnen Produkten, wie z. B. bei Kartoffeln, Eiern, Schweinen

und Geflügel, ist der Preiseinbruch noch erheblich schärfer gewesen. Diese negative Entwicklung beruhte vorwiegend auf den guten Ernteergebnissen einerseits und der schwächeren Nachfrage andererseits.

Ein zweiter Grund sind die ansteigenden Löhne außerhalb der Landwirtschaft, die sich in steigenden Betriebskosten der bäuerlichen Betriebe niederschlagen. Die Bauern verstehen die Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht, fühlen sich ungerecht behandelt und klagen, daß sich einige Wirtschaftsbereiche zu allen Zeiten ein größeres Stück aus dem Kuchen herauschneiden. Hinzu kommt die Existenzangst, die allgemeine Unsicherheit, die noch ausreichende Beschäftigung zu verlieren. Im vergangenen Jahr wurden z. B. aufgrund des nachlassenden Wachstums der Wirtschaft vielfach zunächst die aus den Betrieben entlassen, die auch noch in der Landwirtschaft tätig waren und von denen man annahm, sie hätten dort eine ausreichende Existenz — obgleich das aber inzwischen nicht mehr gültig ist. Vor allem diesen Bauern auf Zuerwerbs- und Nebenerwerbsstellen wurde im vergangenen Jahr bewußt, daß ihre Existenz mit Unsicherheit und Risiko behaftet ist. Das sind für mich zunächst einmal

die wesentlichen Ursachen für die gegenwärtigen Unruhen in der deutschen Landwirtschaft.

WIRTSCHAFTSDIENST: Konnte der Bauer in der Vergangenheit nicht darauf vorbereitet werden, daß es, wie überall, so auch in der Landwirtschaft keine dauernde und endgültige Sicherheit gibt?

HOCHERL: Das ist nicht so einfach, wie man gemeinhin annimmt. Zwar zeichnete sich die augenblickliche Markt- und Preisentwicklung bereits in der Vergangenheit ab. Aber die deutsche Landwirtschaft war immer produktionsorientiert — im Gegensatz zur holländischen und englischen, die schon immer marktorientiert waren. Dieser nun notwendige Wandel zur Produktion für den Markt kann aber nicht kurzfristig erreicht werden. Er verlangt vielmehr ein völlig neues Denken und Handeln, das sich am jeweiligen Markt orientiert. Und im Wandel zu diesem neuen Denken, der sich über Jahrzehnte hinzieht, entsteht viel Unsicherheit und Angst.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Minister, Sie nannten vorhin als eine Ursache für die gegenwärtige Unruhe unter den deutschen Bauern den Preisverfall im letzten Jahr. Handelt es sich hierbei vorwiegend um Produkte mit politischen Preisen?

*) Interviewer: Dietrich Keschull und Friedhelm Schlüter.

HÖCHERL: Die Beantwortung dieser Frage ist ziemlich schwierig. Denn eine exakte Analyse über den Anteil der verschiedenen Produkte am landwirtschaftlichen Einkommen ist hier nur begrenzt möglich. Auch kann der Anteil der politischen Preise nur schwer abgeschätzt werden.

Da sind zunächst die Preise für verkauftes Getreide; der Erlös aus diesem Erzeugnis macht allein 7% der Verkaufserlöse aus. Milch, für die ebenfalls ein politischer Preis mit einer Marge besteht, hat einen Anteil von rd. 25 bis 30%; und Rindfleisch, für dessen Preis nur ein Außenschutz besteht, ist mit rd. 15% am landwirtschaftlichen Einkommen beteiligt. Dazu kommen die Erlöse aus Schweinen, Eiern und Geflügel, für deren Preise ebenfalls nur ein Außenschutz besteht, der die Fütterungskosten zwischen dem binnenländischen und dem Weltmarkt-Niveau ausgleicht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Haben die politischen Preise die Produktion von Überschüssen begünstigt und z. B. zur Bildung des Butterbergs geführt?

HÖCHERL: Das Überschußproblem ist in erster Linie ein EWG- und kein deutsches Problem. Von den 70 000 t, die wir z. Z. haben, müssen die Berlinreserve und die Bestände zum Ausgleich saisonaler Schwankungen abgezogen werden. Zwar haben wir durch die frühzeitige Käseliberalisierung im Jahre 1953 vielleicht einen Nachteil erlitten, aber wenn ich einmal von der Milchproduktion und vom -verbrauch ausgehe, hatten wir bis vor kurzem in der Bundesrepublik sogar noch einen zusätzlichen Fettbedarf. Das heißt, wir haben sogar heute noch eine kleine Fettlücke, wenn auch die Butterbilanz ausgeglichen bzw. leicht überschritten ist.

WIRTSCHAFTSDIENST: Könnte man angesichts des hohen Butterpreises und des großen Bedarfs breiter Bevölkerungsschichten nicht einen „sozialen Butterpreis“ einführen?

HÖCHERL: Durchaus, Butter ist als vollwertige Nahrung nicht zu ersetzen. Und wenn ich bedenke, daß in Deutschland Millionen von Menschen sich Butter nicht leisten können, muß ich mich fragen, ob ich nicht die Verpflichtung habe, ihnen den Kauf zu erleichtern. Aber ich möchte meinen, daß dem humanitären Gesichtspunkt der absolute Vorrang zukommen muß. Dafür habe ich mich in der Diskussion im Bundestag eingesetzt, und um es zu realisieren, wird auch nach neuen Wegen gesucht werden müssen. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant zu wissen, daß die USA Verbilligungsscheine für bedürftige Bevölkerungskreise einzuführen im Begriffe sind.

WIRTSCHAFTSDIENST: Eine Frage zum „Grünen Bericht“. Gibt dieser Bericht in seiner neuesten Form einen Überblick über die tatsächliche Lage der Landwirtschaft, und sagt er etwas aus über die Wirkung agrarpolitischer Maßnahmen?

HÖCHERL: Nach dem Landwirtschaftsgesetz bin ich verpflichtet, die Lage der Landwirtschaft zu analysieren. Damit wird versucht, die Diskussion um agrarpolitische Fragen auf eine sachliche Basis zu stellen und Agrarpolitik frei von Emotionen zu betreiben. Ob allerdings der Lohnvergleich, wenn er auch im Landwirtschaftsgesetz gefordert wird, heute noch sinnvoll ist, ist sehr zweifelhaft. Ich persönlich bin kein Freund von globalen Zahlen und zweifle an deren Aussagekraft. So sagt mir der globale Lohnvergleich nichts darüber aus, welche Nachteile einer Betriebsführung, z. B. durch eine politische Preisfestsetzung, erwachsen sind. Wenn ein exakter Beweis geführt werden soll, kann er nicht durch globale Zahlen, sondern nur durch Vermögensvergleiche und anhand von Gewinn- und Verlustrechnungen erbracht werden. Nur in dieser Rechnung kann die Wirkung einer Maßnahme erfaßt werden.

Eigentlich hatte ich bei diesem ersten, sicher unvollkommenen Versuch auf die Unterstützung des Berufsstandes gerechnet.

WIRTSCHAFTSDIENST: Im neuesten Bericht wurden zum ersten Mal handwerkliche und landwirtschaftliche Betriebe verglichen. Führt dieser Vergleich zu einer besseren Aussage über die Lage der Landwirtschaft?

HÖCHERL: Das ist immer noch ein sehr holpriger Vergleich, er ist aber bestimmt besser als der Lohnvergleich, der vom Gesetz vorgeschrieben ist und der von niemand sonst vorgelegt wird. Es steht aber nirgends geschrieben, daß ich nicht noch bessere Methoden — zumindest zur Zeit — anwenden darf. Denn der Kapitaleinsatz und der persönliche Einsatz sind im Handwerksbetrieb ähnlich wie in der Landwirtschaft. In beiden Betrieben ist der Unternehmer gleichzeitig sein eigener, ausführender Arbeiter. Und wenn es auch Vergleichspaare mit unterschiedlichen Produktivitätsbedingungen sind — in der Landwirtschaft ist die Produktivität stark naturabhängig —, so ist die Aussage des Vergleichs doch interessant. Aber mehr als ein Exempel, als ein Anfang, der vielleicht zu besseren Aussagen führt, ist dieser Vergleich nicht.

Ich suche also nach Methoden, um die Aussagen zu verfeinern und um Fehlinterpretationen der Aussagen des Berichts möglichst auszuschalten. U. E. wächst mit der Methode auch die politische Brauchbarkeit.

WIRTSCHAFTSDIENST: An den Betriebsvergleichen wird deutlich, in welchem Maße das unternehmerische Können der Bauern deren Einkommen bestimmt.

HÖCHERL: Sie haben mit der Herausstellung der Bedeutung des unternehmerischen Könnens vorerst recht. Methodisch geht es uns daher darum, vor allem die Eigenanstrengungen der Bauern zu unterstützen. Hier ist ein Ansatzpunkt die Ausbildung der Landwirte. Zwar bestehen für den Bund keine Möglichkeiten der direkten Einflußnahme, da die Zuständigkeit bei den Ländern liegt. Aber wir versuchen indirekt die Ausbildung zu beeinflussen, indem z. B. für Investitionsunterstützungen eine

Mindestausbildung verlangt wird oder eine Optimumskalkulation mit Alternativen vorgelegt werden muß. Weiterhin werden Überlegungen angestellt, durch welche neuen Formen des Unterrichts die Aus- und Fortbildung intensiver betrieben werden kann.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Eigenanstrengungen muß die Landwirtschaft selbst unternehmen, um ihr Einkommen zu steigern?

HÖCHERL: Die Landwirtschaft hat in den vergangenen fünfzehn Jahren ihr Einkommen durch ihre Produktivitätssteigerungen schon stark erhöhen können. Aber es bleiben immer noch Möglichkeiten zu Kostensenkungen — vor allem durch Kooperation, durch gemeinsame Nutzung von Maschinen und

Anlagen. Weiterhin ist an die Chancen eines Zusatzeinkommens, von dem schon hunderttausend Gebrauch gemacht haben, zu denken.

WIRTSCHAFTSDIENST: Hat denn der Zuerwerbsbetrieb noch Zukunft, oder ist er nur eine Betriebsform für die Übergangszeit vom Kleinbetrieb zum ertragreichen Großbetrieb?

HÖCHERL: Wenn ich davon ausgehe, daß auch in der Landwirtschaft unternehmerische Tätigkeiten notwendig sind, die hohe Anforderungen an die technische und kaufmännische Ausbildung stellen, dann möchte ich meinen, daß für die volle Tätigkeit in der Landwirtschaft doch eigentlich ein Familieneinkommen von 20 000 DM zugrunde gelegt werden sollte. Ist

dieses Einkommen aber trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen nicht zu erreichen, so muß sich der Landwirt für sich oder seine mitarbeitenden Familienangehörigen um einen Zuerwerb bemühen. Es gibt z. B. Betriebe, die bei mageren Bodenbedingungen und einer Größe von 30 Hektar derartig gut organisiert sind, daß der Landwirt noch einen weiteren Beruf voll ausüben kann. Das gibt dann auch interessante Existenzmöglichkeiten, die jeder Konjunkturveränderung gewachsen sind. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß der Zu- oder Nebenerwerb zu den klassischen Betriebsformen einer modernen Landwirtschaft in einem dichtbesiedelten Lande gehört.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie beurteilen Sie die Zukunft des bau-

Europa fährt Continental
 Deutschlands größte Reifenmarke

erlichen Familienbetriebes? Ist sein Ende abzusehen, und werden andere Betriebsformen ihn ablösen müssen?

HÖCHERL: Nein. Der Familienbetrieb ist doch gerade deshalb besonders leistungsfähig, weil er besonders elastisch und nicht starr an Arbeitsverträge gebunden ist. Daß daneben auch Betriebsformen bestehen können, die als größere Einheiten gemeinschaftlich betrieben werden, ist nicht eine Sache, die vom Landwirtschaftsministerium zu gestalten ist. Das ist eine Möglichkeit, die sich die Landwirte selbst erschließen können — wenn sie wollen. Alle derartigen Überlegungen über gemeinsame Betriebe und neue Gesellschaftsformen müssen der Vielfalt des unternehmerischen Denkens und Handelns überlassen bleiben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist es überhaupt gerechtfertigt, für Kleinbetriebe, die ja meistens zu der Gruppe der Nebenerwerber gehören, eine spezielle Förderungspolitik zu betreiben?

HÖCHERL: Zunächst: was sind Kleinbetriebe? Das Wort „Klein“ muß sehr gut definiert werden. Ich könnte mir gut vorstellen, daß Anreize zu extensiver Bewirtschaftung für Kleinbetriebe durchaus vertretbar und agrarpolitisch richtig sein können. Eine spezielle Förderung für Nebenerwerbsbetriebe gibt es nicht; sie nehmen vielmehr an den Globalförderungen teil. Die einzige Hilfe, die diesen Betrieben gewährt werden kann, kann nicht allein in agrarpolitischen Maßnahmen liegen, sondern vor allem in verkehrs-, wohnungs-

bau-, struktur- und bildungspolitischen Maßnahmen. Besonders dort, wo keine großen Einzugsgebiete und Ballungsräume sind, müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die nebenerwerbswilligen Landwirte als gleichberechtigte Partner auf dem Arbeitsmarkt auftreten können. Diese Chance wird ihnen schon z. B. durch das Arbeitsförderungsgesetz geboten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie weit ist es bis zur Realisierung eines derartigen Gesamtkonzepts mit agrar-, wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen gekommen?

HÖCHERL: Wir arbeiten mit Nachdruck daran und hoffen, bis zu Beginn der großen Parlamentsferien etwas vorzeigen zu können.

Die deutsche Landwirtschaft ist wettbewerbsfähig

Interview*) mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, Celle

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Präsident, wo liegen die Ursachen für die gegenwärtige Unruhe unter den deutschen Bauern? Warum gehen sie auf die Straße?

REHWINKEL: Die Bauern sind unzufrieden, daß die Preise ihrer Erzeugnisse so stark gesunken sind. Wir wußten zwar, daß der Getreidepreis und damit auch die Preise für veredelte Produkte heruntergehen würden, in diesem Ausmaß hatte dies aber keiner erwartet. Für die dreijährige Vorverlegung dieser Preissenkung in der EWG war uns der volle Verlustausgleich versprochen worden, und bis 1970 sollten wir außerdem einmal 770 Millionen und viermal 1,1 Mrd. DM als Ausgleich für die Wettbewerbsnachteile erhalten, die für uns in der EWG bis zur Harmonisierung der Kosten und der Sozialgesetz-

gebung bestehen. Dieser Vertrag ist in wesentlichen Punkten nicht eingehalten worden.

Unruhig sind die Bauern auch über die Äußerungen Mansholts, der jetzt plötzlich Zukunftsziele aufstellt, die nicht nur die bäuerlichen Familienbetriebe, sondern auch die Großbauern beunruhigen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wer initiiert und organisiert die Protestveranstaltungen und Demonstrationen?

REHWINKEL: Die Unruhe ist bei den Bauern ganz unten entstanden. Wegen der gesunkenen Preise und der steigenden Kosten forderten sie Großdemonstrationen — z. B. einen Marsch auf Bonn und dergleichen. Wir haben ihnen geraten, die Demonstrationswelle zunächst auf der Kreisebene beginnen zu lassen. Wichtig ist, daß die Abgeordneten, die lokale Presse, Rundfunk und

Fernsehen mit dem Fußvolk der Bauern konfrontiert werden. Das ist geschehen und wird fortgesetzt. Denn Versprechungen sind genug gemacht worden, den Worten müssen nun die Taten folgen, wenn das Vertrauen der Bauern zur Regierung und zu den Koalitionsparteien wieder hergestellt werden soll.

WIRTSCHAFTSDIENST: Besteht nicht die Gefahr, daß die Protestveranstaltungen unter schwarzen Fahnen Ihrer Führung entgleiten?

REHWINKEL: Nein, und ich glaube auch nicht, daß sich die Kaczynski-Bewegung wiederholen wird. Aber wenn wir dem Unwillen der Bauern nicht Raum geben hätten, dann hätten wahrscheinlich radikalere Elemente die Führung übernommen. Es ist bisher alles in guter Ordnung verlaufen.

*) Interviewer: Dietrich Keschull und Friedrich Schilüter.

Zwar sind hier und da auch Transparente mit unschönen Aufschriften mitgeführt worden — aber mehr um des Reimes willen. Wenn ich sie selbst gemacht hätte, wären sie sicher netter und zugkräftiger ausgefallen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Die heutige Lage der Landwirtschaft wurde bereits im Professoren-Gutachten von 1962 vorausgesagt. Wurde es versäumt, die Bauern auf die zukünftige Entwicklung vorzubereiten?

REHWINKEL: Die Professoren der älteren Generation haben die heutige Lage der Landwirtschaft falsch eingeschätzt. Sie haben vorausgesagt, daß die kleinen Landwirte sich nicht halten können. Das können sie heute aber, weil wir ihnen den Rat gegeben haben, Nebenerwerbslandwirte zu werden oder einen Haupterwerb in der gewerblichen Wirtschaft zu suchen. Die Professoren haben auch vorausgesagt, als die EWG begann, daß wir eine Überproduktion an Getreide bekommen würden. Auch das ist nicht eingetroffen. Und sie haben uns zu stärkerer Veredelung geraten — genau wie Mansholt und die Futtermittelindustrie. Diesen Parolen sind wir aber auch nicht gefolgt, denn sonst erstickten wir heute genauso in Veredelungsprodukten wie die dänischen Landwirte. Trotzdem haben wir jetzt an einigen Veredelungsprodukten etwas mehr, als wir zur Zeit zu guten Preisen absetzen können.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wissenschaftler sagen, daß die Bauern am Markt vorbeiproduziert haben.

REHWINKEL: Am Markt hätten wir nur dann vorbeiproduziert, wenn wir den Vorschlägen der Wissenschaftler der älteren Generation gefolgt wären. Denn sie hatten uns empfohlen, in ähnlichem Umfange in die Veredelung zu gehen wie die Dänen und die Holländer. Wir sind damit aber sehr vorsichtig gewesen. Wir haben unsere Bodenproduktion veredelt und haben nur das zugekauft, was wir noch zusätzlich brauchten, um den eigenen

Markt soweit wie möglich mit Schweinen, Hühnern, Eiern usw. versorgen zu können. Wenn es aber nach der einschlägigen Wissenschaft gegangen wäre, dann hätten wir wirklich am Markt vorbeiproduziert. Aber wir sind ihren Empfehlungen nicht gefolgt und sind deshalb immer noch verhältnismäßig glimpflich davongekommen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist das Verhältnis zu den Wissenschaftlern generell so, oder gibt es Unterschiede?

REHWINKEL: Ein wirklich gespanntes Verhältnis bestand und besteht eigentlich nur zu Professor Priebe, der uns in Bonn und Brüssel anfänglich sehr geschadet hat. Mit allen anderen — ich möchte hier keine Namen nennen — bestand nur eine sachliche Gegnerschaft. Mit den jüngeren Professoren der einschlägigen Wissenschaft kommen wir gut zurecht, auch wenn hier und da sachliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, was gar nicht zu vermeiden ist. Aber alle sind mit ihren Voraussagen sehr viel vorsichtiger als früher einige ihrer älteren Kollegen.

Zu Professor Dr. Weinschenk und einigen anderen haben wir sogar ein ausgesprochen gutes Verhältnis.

WIRTSCHAFTSDIENST: Als Beweis landwirtschaftlicher Fehlproduktion wird in der Öffentlichkeit der Butterberg angesehen. Wäre die Einführung eines sozialen Butterpreises geeignet, eine Überproduktion zu verhindern?

REHWINKEL: In Deutschland haben wir bisher noch keine Überproduktion von Milch und Milchprodukten, denn was wir zuviel haben, haben wir als Butter und besonders als Käse eingeführt. Ein sozialer Preis für den Absatz des derzeitigen Butterüberhangs ist natürlich möglich; dieser soziale Preis müßte allerdings sehr niedrig liegen. Die Gefahr einer gewissen Überproduktion von Butter wird jedoch immer gegeben sein, wenn der Bedarf der Bevölkerung in der EWG an Rindfleisch voll gedeckt bleiben soll. Denn um Rindfleisch

in steigendem Maße zu erzeugen, muß die von den Kühen zwangsläufig produzierte Milch ebenfalls verwertet werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Als eine Ursache für die gegenwärtige Unruhe nannten Sie die sinkenden Preise. Hat Deutschland nicht das höchste Preisniveau, das dann auch auf die EWG übertragen wurde?

REHWINKEL: Als wir mit dem Gemeinsamen Markt begannen, waren wir entsetzt über die erheblich differierenden Preise und über die stark unterschiedlichen Kosten in den EWG-Ländern. In Deutschland hatten wir wohl das höchste Preisniveau, aber auch das höchste Kostenniveau und haben es leider noch.

Es war nicht einfach, diese großen Unterschiede in den EWG-Ländern auszugleichen. Man einigte sich schließlich darauf, die Preise in den Mitgliedsländern allmählich in Richtung auf das deutsche Preisniveau anzuheben. Das ist bei der Veredelungsproduktion sehr gut gelungen. Nicht gelungen ist es beim Getreide, wo sich der Druck der amerikanischen Überproduktion sehr stark auf unseren Markt auswirkte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Besteht die Gefahr, daß die hohen Preise in der EWG zusätzliche Produktion in anderen EWG-Ländern anregen und damit weitere Überschüsse entstehen?

REHWINKEL: Ich glaube, daß das kaum möglich sein wird. Die Holländer und Belgier haben ja wohl kaum größere Produktionsmöglichkeiten. In Frankreich sind die ertragreichen Böden ebenfalls bestens bewirtschaftet — also z. B. das ganze Pariser Becken und die Normandie. Und so ist es auch in der Po-Ebene.

Insgesamt sind also kaum ungewöhnliche Produktionssteigerungen zu erwarten. Außerdem haben wir auch einen ständig steigenden Bedarf.

WIRTSCHAFTSDIENST: Kennzeichnend für die deutsche und für

die EWG-Agrarpolitik sind ein hohes Preisniveau und die Abschrumpfung nach außen. Widerspricht diese Politik nicht einer insgesamt marktwirtschaftlich ausgerichteten Gemeinschaft?

REHWINKEL: Also, die Gemeinschaft sollte eigentlich marktwirtschaftlich ausgerichtet sein. Aber in Wirklichkeit haben wir doch gar keine Marktwirtschaft. Die meisten Produktionszweige der Industrie konkurrieren im wesentlichen nicht mehr über die Preise, sondern nur durch die Werbung.

Die Dienstleistungsbetriebe und das Handwerk haben die Kalkulation. Und wir sind so ziemlich die einzigen, die miteinander in Wettbewerb stehen; denn bei unserem zersplitterten Angebot ist wirklich einer des anderen Konkurrent.

WIRTSCHAFTSDIENST: In einer wachsenden Wirtschaft gibt es auch immer Branchen, die schrumpfen. Warum glauben die Bauern eine besondere Stellung gegen das Gesundschumpfen einnehmen zu müssen?

REHWINKEL: Das tun sie doch gar nicht. Unsere Ratschläge laufen doch seit 15 Jahren darauf hinaus, daß wir den kleinen Vollerwerbslandwirten den Rat geben, sich einen Haupt- oder Nebenerwerb zu suchen. Und heute haben diese Neben- und Zuerwerbslandwirte im allgemeinen nicht mehr wie früher 0,5 bis 2 ha, sondern 5 bis 10 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und mehr. Hier haben wir also einen echten Gesundheitsprozeß. Für die Betriebe aber, die als Familienbetriebe groß genug sind — es dürften ungefähr 350 000 bis 400 000 sein —, müssen wir kostendeckende Preise fordern.

WIRTSCHAFTSDIENST: Kann denn ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb, bei dem der Bauer tagsüber in einem Industriebetrieb beschäftigt ist, überhaupt rationell arbeiten?

REHWINKEL: Jawohl, das kann er. Aber er muß extensiver wirtschaften als andere. Er sollte in vielen Fällen die Milchproduktion

aufgeben und dafür — je nach Neigung — Schweine oder Hühner halten, oder er sollte nur seinen Acker ordnungsgemäß bestellen. Wenn das Mähen von einer Maschinengemeinschaft oder von einem Nachbarn oder Lohnunternehmen übernommen wird und die Genossenschaft oder ein Landhändler das Getreide abholt, dann braucht der Nebenerwerbslandwirt vielleicht insgesamt nur etwa 20 Tage im Jahr, um bis zu 100 Morgen zu bestellen — d. h. 50 Morgen im Herbst und 50 Morgen im Frühjahr.

Wenn man bedenkt, daß mit zwei Mann und unter Zuhilfenahme des Maschinenringes 400 Morgen bewirtschaftet werden können, so wird ja doch jemand, der in der gewerblichen Wirtschaft arbeitet, nebenbei einen kleineren landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften können. Im allgemeinen werden es ja auch nur 20 bis 50 Morgen sein; ich habe 100 Morgen nur einmal als Höchstgrenze genannt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist die deutsche Landwirtschaft gegenüber dem Bergbau oder der Textilindustrie benachteiligt?

REHWINKEL: Gegenüber der Textilindustrie insofern, als diese gegen die Einfuhren aus Hongkong, Taiwan, Japan usw. stärker geschützt wird als die Landwirtschaft gegen Einfuhren. Es gibt für uns nur einen ungenügenden Schutz bei Einfuhren, die zu Dumpingpreisen hereinkommen, bei Einfuhren aus Staatshandelsländern oder aus Ländern, die, wie z. B. Neuseeland und Argentinien, mit gespaltenen Wechselkursen arbeiten.

Die Bergleute werden gegenüber uns sehr bevorzugt. Das ist schon immer so gewesen. Und vergleicht man, was für ein paar hunderttausend Bergleuten getan worden ist und getan wird, mit dem, was für die immerhin 2,2 Millionen Menschen, die seit 1949 aus der Landwirtschaft ausgeschieden sind, getan worden ist, so kommt man zu dem Ergebnis, daß hier praktisch nichts getan wurde. Wir gönnen den Bergleuten jede Hilfe,

aber hier ist einfach Unrecht geschehen, und genau so ist es auch mit den Staatshilfen für die 300 000 Bergarbeiter und den 1,6 Millionen zur Zeit noch in der Landwirtschaft tätigen Vollarbeitskräften.

WIRTSCHAFTSDIENST: Heißt das, daß die bisherige deutsche Agrarpolitik erfolglos gewesen ist?

REHWINKEL: Das wohl nicht. Aber wir haben weit weniger Staatshilfe bekommen als andere Wirtschaftszweige. Die großgewerbliche Wirtschaft hat das x-fache in Form von Steuergeschenken bekommen. Das wird wohl niemand bestreiten, und die sozialen Leistungen für die Nichtselbständigen belaufen sich von 1948 bis heute auf ziemlich genau 170 Milliarden DM.

Und weiter: Wir bekommen Zuschüsse für den Wirtschaftswegebau, die Wasserwirtschaft, die Flurbereinigung, die Aussiedlung und für regionale Programme, aber wer baut denn die Häfen für die Schifffahrt, die Kanäle für die Schleppschifffahrt, die Flughäfen, Autobahnen und Talsperren? Das sind doch auch Subventionen für die, die davon begünstigt werden. Es ist unzumutbar, daß hier stets mit zweierlei Maß gemessen wird. Entweder sind alles Subventionen und dann auch unsere, oder unsere Staatshilfen sind auch keine Subventionen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist die deutsche Landwirtschaft deshalb weniger wettbewerbsfähig?

REHWINKEL: Ich glaube, daß wir gegenüber den anderen EWG-Ländern völlig wettbewerbsfähig sind. Wir sind es auch gegenüber denen, die nicht durch echtes Dumping, Anbauprämien, Ausfuhrprämien oder zweierlei Wechselkurse unterstützt werden. Aber zu dieser hohen Wettbewerbsfähigkeit haben uns in erster Linie unsere eigenen Anstrengungen geführt. Wir waren auch schon Anfang der fünfziger Jahre für Raumordnung und Verbesserung der Infrastruktur, für freiwilligen Landtausch und Haupt- und Nebenerwerb der kleineren

Landwirte in der übrigen Wirtschaft.

Um unsere Betriebe zu modernisieren, konnten wir leider kaum Eigenkapital bilden, weil wir ein ungünstiges Preis-Kosten-Verhältnis hatten. Auch konnten wir nicht wie die gewerbliche Wirtschaft von Steuerbegünstigungen für unsere Investitionen profitieren. Wir hatten wenig Eigenkapital und waren deshalb gezwungen, in großem Umfang Grundstücke zu verkaufen. Für 40 Milliarden DM wurde Land verkauft und für 15 bis 16 Milliarden DM Holz eingeschlagen. Diese Einnahmen sowie die Einkünfte der Nebenerwerbslandwirte und Zuerwerbslandwirte konnten dann zur Modernisierung und Technisierung der Landwirtschaft eingesetzt werden. Außerdem wurden allerdings noch rund 22 Milliarden DM Kredite aufgenommen, die uns heute sehr drücken.

Wir haben von 1949 bis heute ca. 2,2 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt, und die Inhaber von 80 000 bis 100 000 zu kleinen heutigen Vollerwerbsbetrieben würden ebenfalls noch Haupterwerb in der übrigen Wirtschaft aufnehmen, wenn gewerbliche Betriebe in ihrer Region vorhanden wären.

Wir haben unsere Produktion seit 1950/51 von 34 Millionen t Getreideeinheiten auf 54 Millionen t im Jahre 1966/67 und im laufenden Jahre auf mindestens 58 Millionen t gesteigert, und die Arbeitsproduktivität von 100 (1950) auf 360 Prozent im laufenden Jahr.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Förderungsmaßnahmen erwarten Sie in Zukunft von der Bundesregierung?

REHWINKEL: Wir haben nur gefordert, was uns 1964 vertraglich zugesichert worden ist.

Darüber hinaus wollen wir endlich den Dieselkraftstoff an der Tankstelle zu Preisen bekommen wie in anderen Ländern auch. Die Mineralölsteuer und der Dieselsoll werden für den Bau von Autobahnen oder Bundesstraßen verwendet, die wir nicht befahren dürfen oder

befahren können. Insofern ist es nur gerecht, wenn wir von diesen Abgaben freigestellt und sie uns nicht immer wieder als Subventionen angerechnet werden.

Weiterhin erwarten wir, daß die Bundesregierung darauf drängt, daß weitere technische Fortschritte in der Industrie und die daraus resultierende Produktivitätssteigerung in Zukunft in erster Linie zur Verbilligung gewerblicher Erzeugnisse verwendet werden. Denn solange die Industrie ihre Waren und Dienstleistungen nicht verbilligt, wird die Landwirtschaft gestützt werden müssen — und zwar nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Könnte der Staat noch auf dem Gebiet von Bildung und Ausbildung Hilfen geben?

REHWINKEL: Wir haben uns, das möchte ich vorausschicken, schon sehr früh für eine Verbesserung des Schulwesens auf dem Lande eingesetzt, um dem Landkinde nach Möglichkeit die gleichen Bildungschancen wie dem Stadtkinde zu bieten. Bereits im Winter 1951/52 wurde in Gesprächen in Celle mit Schulräten der Gedanke der Dörfergemeinschaftsschule mit Jahresklassen, der heutigen Mittelpunktschule, geboren. Die ersten Versuche folgten bald. Das 1957 auf unsere Anregung hin zustande gekommene erste Barsinghäuser Gespräch mit dem Kultusministerium und der Lehrerschaft ist der Beginn eines sprunghaften Ausbaus der Mittelpunktschulen in ganz Niedersachsen. Schon damals haben wir auch das 9. Pflichtschuljahr gefordert, das seit 1962 in Stadt und Land als volles Schuljahr verwirklicht ist.

Die Initiative kam also in beiden Fällen vom Lande, deutlicher von der Landwirtschaft her, die doch sonst immer als so bildungsfeindlich verschrien war und noch ist.

Seit damals fordern wir auch bereits den Bau von Mittelpunkt-Sonderschulen für lernbehinderte Kinder auf dem Lande. Dieser Schultyp

dient zunächst dem Kinde selbst, entlastet aber auch Grund- und Hauptschule. Ebenfalls haben wir immer wieder Gespräche geführt und Vorschläge gemacht, um die sogenannte Durchlässigkeit zwischen den drei Schultypen zu verwirklichen. Es lag uns auch immer daran, das Netz der Realschulen in den ländlichen Räumen zu verdichten.

Wir haben in der schon erwähnten guten Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und den Lehrerverbänden sehr viel zur Verbesserung des Schulwesens beitragen können. Unsere nächste Forderung richtet sich auf die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres, um eine weitere Verbesserung der Allgemeinbildung zu erreichen.

Dann ist meines Erachtens auch eine Verkürzung der Lehrzeit im Rahmen der beruflichen Grundausbildung durchaus möglich. Diese Verkürzung zu Lasten der Fachausbildung scheint mir vertretbar, da in unserer Zeit ja doch mancher mit einem ein- oder gar mehrmaligen Berufswechsel rechnen muß.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sind auch auf anderen Gebieten Maßnahmen ergriffen worden, um die Selbsthilfe der Bauern zu intensivieren?

REHWINKEL: Vor allem die Beratung der einzelnen Betriebe soll gefördert werden. So wurde in Hannover eine Datenverarbeitungsgesellschaft gegründet. Im Grünen Bericht wird von ungefähr 10 000 bis 12 000 Betrieben die Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt, aber wir wollen an einen noch größeren Kreis von Landwirten herankommen. Aufgrund der aus einer Vielzahl von Betrieben erhaltenen Daten kann dann eine für den einzelnen Landwirt wesentlich schnellere und wirkungsvollere Wirtschaftsberatung durchgeführt werden. Für den Bauern ist es außerordentlich wichtig, daß er am Ende eines jeden Monats weiß, wie sein finanzieller Stand ist, was er falsch oder richtig gemacht hat und wovon er absehen bzw. worauf er sich konzentrieren sollte.

Den Einsatz der Datenverarbeitung kann man also als eine Selbsthilfe der Bauern zum Zwecke der Erleichterung ihrer Produktionsentscheidungen ansehen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche Bemühungen macht die Landwirtschaft, um den Absatz ihrer Produkte zu fördern? In Italien gibt es z. B. Exportmarken, die aus der Zusammenarbeit des Landwirtschaftsverbandes mit der Regierung entstanden sind. Gibt es hier etwas Ähnliches?

REHWINKEL: Ja. Auch bei uns gibt es für Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft beson-

dere von uns geschaffene Zeichen, mit denen bestimmte Produkte gekennzeichnet werden und die wir an geeignete Firmen verleihen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unser Gütezeichen „Deutsche landwirtschaftliche Markenware“ wie auch auf unser Herkunftszeichen „Aus deutschen Landen — frisch auf den Tisch“. Außerdem haben wir bestimmte Marken zur Kenntlichmachung einzelner Produktgruppen geschaffen, die die Absatzchancen dieser Erzeugnisse auf dem Markt erhöhen, ich denke dabei beispielsweise an die Marke „delicado“, die bestimmte hochwer-

tige Käseerzeugnisse, aber auch die delicato-Sahnebutter kennzeichnet.

Ein ebenfalls guter Ansatzpunkt zu einer besseren Vermarktung unserer Erzeugnisse sind die Erzeugergemeinschaften, wie sie schon vielfach bestehen. Durch diese Gemeinschaften soll das vielfältige Angebot besser zusammengefaßt und durch eine einheitliche Qualität bessere Preise erzielt werden. Hierzu gehört auch eine Anpassung der Produktion an den mengenmäßigen Bedarf des Marktes. Aber hier setzt uns die deutsche Kartellgesetzgebung sehr enge Grenzen.

Die Proteste richten sich an die falsche Adresse

Prof. Dr. Hermann Priebe, Frankfurt/Main

Der Bauernverband hat wiederholt betont, die deutsche Landwirtschaft sei hundertprozentig wettbewerbsfähig. Gegen das sog. Gesundheitskrampf sei der Verband gar nicht, im Gegenteil, er habe den kleinen Landwirten immer den Rat gegeben, sich anderen Haupt- bzw. Nebenerwerb zu suchen. Der Bauernverband gibt auch zu, es sei gut gelungen, die Preise in den Mitgliedsländern auf das deutsche Preisniveau anzuheben, zwar nicht bei Getreide, besonders aber für Veredelungsprodukte. Höhere Produktionen in anderen EWG-Mitgliedstaaten seien kaum möglich, so daß auch keine neuen Überschüsse durch hohe Preiserwartungen hervorgerufen werden können. Schließlich wird auch mit Befriedigung vermerkt, daß die deutschen Bauern den falschen Ratschlägen der Wissenschaftler glücklicherweise nicht gefolgt sind.

Warum ist dann aber die Unruhe bei den Bauern entstanden? Wegen der sinkenden Preise und steigenden Kosten? Oder weil der Staat die Landwirtschaft benachteiligt und ihr weit weniger finanzielle Hilfen gegeben hat als anderen Wirtschaftszweigen, wie der

Verband behauptet? Leider wird bei dieser Argumentation übersehen, daß der Preisverfall gerade darum eingetreten ist, weil die Hochpreispolitik überall zu viele Produktionsreserven mobilisiert hat. Wie aber soll der Staat die Preise (angesichts der dadurch verschlechterten Marktlage) anheben?

Falsche Meinungsbildung durch den Bauernverband

Den Bauern ist es leider kaum möglich, die Behauptungen ihres Verbandes zu prüfen. Sie können sich nur an das halten, was ihnen die Verbandspresse seit Jahren einhämmert, und nicht sehen, daß ihre Führung wichtige wirtschaftspolitische Zusammenhänge verkennt. Die falsche Meinungsbildung durch den Bauernverband erschwert es der Landwirtschaft, ihre eigene Lage und die Möglichkeiten zu ihrer weiteren Verbesserung richtig zu beurteilen. Bei vielen Bauern bestehen wohl leise Zweifel gegenüber der einseitigen, wirklichkeitsfremden Propaganda des Verbandes. Aber wie sollen sie ein eigenes Urteil gewinnen? Jede echte Diskussion über die Probleme

wird seit Jahren von ihrer Führung verhindert — erst kürzlich wurde die großangelegte Analyse von Bundesminister Höcherl zum Grünen Bericht in der Deutschen Bauernzeitung als Provokation abgetan. So bleiben die Bauern psychologisch unvorbereitet und ohne rechtes Verständnis für die Veränderungen unserer Zeit. Das Ergebnis ist eine tiefe Vertrauenskrise, in der es nicht schwerfällt, sie zu Demonstrationen zu veranlassen.

Zu ihrem eigenen Schaden, denn was könnten die Aufmärsche praktisch bewirken? Kann man Überschüsse an Schweinen weg demonstrieren, die auf die Preise drücken, oder den Butterberg dadurch beseitigen? Man müßte nach den Ursachen für die Überschüsse fragen und darüber nachdenken, wie die weitere Produktionssteigerung abzubremsen ist. Doch Herr Rehwinkel macht zu diesem Kernproblem leider keine konstruktiven Vorschläge: er verlangt hohe Preise, mehr Geld vom Staat und versucht, das Überschußproblem einfach wegzuleugnen. Wir erfahren aber nicht, wie angesichts der Marktlage höhere Preise durchgesetzt und von

wem die verlangten Milliarden aufgebracht werden könnten.

Gewiß hat jede Berufsgruppe das Recht, für ihre Interessen einzutreten. Doch sie kann das auf die Dauer nur mit Erfolg tun, wenn sie sich an die Realitäten hält und bei ihren Forderungen an den Staat die Verantwortung der Regierung für das Ganze im Auge behält.

Begrenztes Produktionsvolumen

Eine Prognose über das begrenzte Produktionsvolumen, das die deutsche Landwirtschaft am Markt unterbringen kann, bildete den Kern des Professoren-Gutachtens aus dem Jahre 1962. Aus dieser Begrenzung mußte der Schluß gezogen werden, daß steigende Einkommenserwartungen nur für eine abnehmende Anzahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte realisiert werden können. Diese beiden Aussagen: die begrenzten Absatzmöglichkeiten und die weitere Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten, hätten die Ausgangsbasis für die weitere Orientierung der Agrarpolitik bilden müssen. Doch die Professoren wurden gerade wegen der Aufhellung dieser Zusammenhänge heftig angegriffen und falsch interpretiert. Anstelle sachlicher Diskussionen kam es zu Traktoraufmärschen.

Die jetzt ungünstige Marktsituation ist entstanden, weil man diese Tatsachen zu wenig beachtet und am Markt vorbeiproduziert hat. Die Prognose im Gutachten waren sehr vorsichtig: Für 1970 wurde bei alternativen Prämissen ein Produktionsvolumen zwischen 25,4 und 27,7 Mrd. DM angenommen. Inzwischen hat der Geldwert der Nahrungsmittelproduktion bereits 1966/1967 30,5 Mrd. DM erreicht. Seit Jahren steigt die Produktion schneller als der Verbrauch, und so war die Krise an den Märkten vorzusehen. Sie wurde durch die Konjunkturabschwächung noch verschärft, die mit einer überdurchschnittlichen Ernte 1967 und einer durch zu hohe Preiserwartungen gesteigerten Veredlungsproduktion zusammentraf.

Negative Folgen der Hochpreispolitik

Auch die Hochpreispolitik, die Herr Rehwinkel als besonderen praktischen Erfolg hervorhebt, hat zu der ungünstigen Situation der deutschen Landwirtschaft beigetragen. Sie hat den Bauern kurzfristig Verbesserungen vorgetäuscht, die aber nicht zu realisieren sind, weil die günstigen Preiserwartungen zu Überschüssen führen, die dann viele Bemühungen zunichte machen. Im Professoren-Gutachten war sehr vorsichtig noch mit einem Milchpreis von 33 Pf gerechnet worden, sehr viel mehr dürfte der Markt auch in absehbarer Zeit nicht hergeben. Die verlangten 39 Pf sind ein Selbstbetrug, sie werden nicht erreicht, erwecken aber falsche Hoffnungen und hindern viele Landwirte an der für sie selbst und die Allgemeinheit zweckmäßigen Einschränkung oder Aufgabe ihrer Milchproduktion.

Die Produktionsreserven bilden für die Beurteilung dieser Zusammenhänge das entscheidende Problem. Seit der beginnenden Milchpreissubvention im Jahre 1957 sind die Verkaufsmengen an Milch, die bis dahin über mehrere Jahre hinweg bei reichlich 13 Mill. t Milch lagen, auf 18,6 Mill. t im Wirtschaftsjahr 1966/67, das heißt auf rund 140%, angestiegen. Dabei wurden die jährlichen Milchleistungen je Kuh innerhalb von zehn Jahren um 653 kg erhöht. Im vergangenen Jahr waren es nochmals 58 kg, so daß die Durchschnittsleistungen pro Kuh nun bei 3 700 kg liegen. Diese wirtschaftlich richtige Leistungssteigerung hätte im Hinblick auf die Absatzgrenzen mit einer Einschränkung der Gesamtbestände an Milchkühen einhergehen müssen. In den Ackerbaugebieten — wo für die Betriebe andere Alternativen im Getreide- und Zuckerrübenanbau bestehen — war auch bereits ein Trend zur Aufgabe der Milchwirtschaft zu beobachten. Er wurde durch die Preiserwartungen in der EWG wieder abgeschwächt, so daß wir nun bei etwa gleichbleibenden Beständen und steigender Leistung in eine immer

ausweglosere Situation am Milchmarkt hineingeraten.

Produktionsreserven in der EWG

Die Produktionsreserven in Frankreich kommen als besonderes Problem hinzu. Herr Rehwinkel bestreitet sie auch heute noch. Dabei ist allein die dortige Getreideproduktion vom Erntejahr 1961 bis 1967 um 53% gestiegen. Der derzeitige Übergang auf den Maisanbau läßt eine weitere erhebliche Steigerung erwarten, und man spricht dort offen von einer beginnenden Produktionsexplosion. Der durchschnittliche Getreideertrag lag 1966 in Frankreich noch bei 28,7 dz je Hektar, in Holland bereits bei 34,8 dz je Hektar, der Aufwand an Stickstoff in Frankreich bei 25 kg je Hektar, in Deutschland bei 63, in Holland bei 137 kg je Hektar. So ist also weiterhin mit großen Produktionsreserven zu rechnen, die auf Grund der gestiegenen Preise schnell mobilisiert werden dürften. Die Überproduktion an Brotgetreide ist bereits eine Tatsache; sie erfordert hohe finanzielle Aufwendungen.

Für die Milchproduktion lassen die Produktionsreserven in Frankreich das Schlimmste befürchten. Bei Beginn des gemeinsamen Marktes lagen die durchschnittlichen Milchleistungen je Kuh in Frankreich bei 2 200 kg, in Deutschland bei 3 200 kg, in Holland bei 4 200 kg. In Frankreich war das Milchpreinsniveau sehr niedrig, die Anzahl der Kühe dabei größer als in Deutschland und Holland zugleich. Man hätte also eine sehr vorsichtige Preispolitik betreiben müssen, um die ungeheuren Produktionsreserven nicht zu schnell zu mobilisieren. Bei steigenden Preiserwartungen in der EWG dagegen haben sich die französischen Landwirte ökonomisch richtig verhalten und die durchschnittliche Milchleistung je Kuh inzwischen auf fast 3 000 Liter gesteigert. Der wachsende Butterberg ist das Ergebnis. Es ist kaum auszudenken, was geschehen kann, wenn in Frankreich erst die deutschen oder

gar die holländischen Durchschnittserträge erreicht werden.

Die Hochpreispolitik basiert also auf einer Fehleinschätzung wirtschaftlicher Tatsachen. Die Folgen sind für die deutsche Landwirtschaft besonders negativ. Praktisch hat sie ihre eigenen Konkurrenten mobilisiert, so daß zunehmende Überschüsse von allen Seiten auf den Markt drängen. Die gemeinsame finanzielle Verantwortung dafür führt zu schnell wachsenden Belastungen durch Marktinterventionen, Einlagerung, Exportsubventionen usw. Diese kommen der deutschen Landwirtschaft aber größtenteils nicht zugute, gehen andererseits der deutschen Agrarpolitik verloren, so daß schon jetzt nicht mehr genügend Mittel für die drängenden Aufgaben in der Struktur- und Regionalpolitik verfügbar sind. Auf diese Weise haben wir in der Agrarpolitik mehrere Eigentore geschossen.

Bedeutung der Veredlungsproduktion

Haben die Professoren falsche Ratschläge hinsichtlich der Veredlungsproduktion gegeben? Wie bereits erwähnt, lag das im Gutachten geschätzte Absatzvolumen an Veredlungsprodukten weit unter den inzwischen produzierten Mengen. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre Produktion allein an Schweinen, Eiern und Geflügel seit Inkrafttreten der ersten EWG-Marktorfnungen im Jahre 1961/62 um rund 2,7 Mrd. DM gesteigert. Aufs Ganze gesehen, konnte sie die durch die Getreidepreisangleichung eintretenden Einnahmeverluste ausgleichen und in diesen Jahren sogar erhebliche Integrationsgewinne für sich verbuchen. Insofern sind die Wissenschaftler mehrfach bestätigt worden, die auf die größere Bedeutung der Veredlungswirtschaft im Verhältnis zum Getreidebau hingewiesen haben. Jedenfalls sind keine Tatsachen erkennbar, die berechtigen, von Opfern der deutschen Landwirtschaft für die EWG oder gar von ihrer Existenzgefährdung zu sprechen.

Eine sachliche Diskussion über die Probleme der Veredlungswirtschaft hätte zur Prüfung anderer agrarpolitischer Alternativen führen müssen. Tierische Veredlungsprodukte sind mit fast 80% der Verkaufserlöse absolut entscheidend für den Erfolg der deutschen Landwirtschaft. Die Ausgaben für Zukaufsfuttermittel sind mit nahezu 6 Mrd. DM fast dreimal so hoch wie die Einnahmen aus dem gesamten Getreideverkauf. Eine Politik der Futtermittelverbilligung würde bei verminderten Produktionskosten eine Veredlungsproduktion auch bei abgeschwächten Preisen ermöglichen. Sie könnte, wenn auch nicht zu einer wesentlichen Absatzausweitung, doch mit Sicherheit zu einer beträchtlichen Verminderung der finanziellen Lasten für die Agrarmarktpolitik führen. Falls die entsprechende Abschwächung der Getreidepreise auch zur Hemmung des Produktionsanstieges bei Getreide führen sollte, könnte eine weitere Verminderung finanzieller Lasten sowohl für den Verbraucher als auch für den gemeinsamen Agrarfonds die Folge sein.

Die Auswirkungen einer so veränderten Agrarpolitik müßten in ihren spezifischen Folgen für die unterschiedlichen Betriebstypen der deutschen Landwirtschaft untersucht werden. In jedem Falle würden dadurch aber Mittel frei werden, die jetzt für die Marktpolitik vertan werden, dann aber den einkommensschwachen Gruppen der Landwirtschaft zugute kommen könnten.

Dann könnte auch eine weitere Abnahme landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im gesamten EWG-Bereich beschleunigt und finanziell stärker gefördert werden. Ohne sie werden die heutigen agrarpolitischen Probleme nicht zu lösen sein.

Keine Benachteiligung der Landwirtschaft

Tatsache ist, daß die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der deutschen Landwirtschaft in 13 Jahren seit dem ersten Grünen Bericht auf 343% gestiegen sind,

die gewerblichen Vergleichslöhne nur auf 278%. Der Zuwachs war also größer als in anderen Wirtschaftsbereichen, er deutet auf eine volle Teilnahme der Landwirtschaft am wirtschaftlichen Wachstum hin und keineswegs auf deren Benachteiligung. Wollte man sich die bekannte These von Herrn Rehwinkel zu eigen machen, daß Produktivitätsfortschritte in Preissenkungen weitergegeben werden müßten, dann würde die Landwirtschaft auf Grund ihrer Produktivitätsentwicklung an der Reihe sein und keinen Anlaß haben, für sich höhere Preise zu fordern.

Ein Einkommensrückstand in der deutschen Landwirtschaft besteht weniger im Vergleich zur übrigen Wirtschaft als vielmehr intern zwischen verschiedenen Betriebstypen und Regionen. Daß der Grüne Bericht eine zu ungünstige Einkommenssituation vortäuscht, ist ebenso bekannt wie die mangelhafte Aussagekraft der globalen Durchschnittswerte, auf die auch Bundesminister Höcherl wiederholt hingewiesen hat. Eine echte Analyse der großen Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft würde zeigen, daß sich viele Betriebe mit günstigen Produktionsbedingungen in ausgezeichneter Lage befinden und Verzinsungen ihres Aktivkapitals von 10—20% und mehr erreichen.

Das Fußvolk, wie Herr Rehwinkel die Masse der Bauern gern bezeichnet, dient hauptsächlich dazu, die günstigen Ergebnisse in Gruppen- und Globaldurchschnitten zu verbergen. Es wird dann dazu aufgeboten, um mit seinen Forderungen eine Agrarpolitik durchzusetzen, bei der die Differentialgewinne der führenden Landwirte gesichert bleiben, gleichzeitig aber die Finanzmittel verloren gehen, die für eine Struktur- und Regionalpolitik zugunsten dieses Fußvolkes gebraucht würden. So wenden sich die Demonstranten leider an die falsche Adresse, sie müßten sich damit nicht an die Regierung, sondern an die Initiatoren dieser Politik in ihrer Verbandsführung richten.